

Im Tessin und in der Westschweiz bleibt die Kehrrietsackgebühr weiter unpopulär **SEITE 14**

Der Kanton Neuenburg wendet für die Sanierung des Staatshaushaltes ungewöhnliche Methoden an **SEITE 15**

Aus dem Monster wird ein «Mönsterlein»

Der Ständerat beginnt mit der Debatte über die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative

FDP und SP werden sich im Ständerat wohl durchsetzen. Die umstrittene Begründungspflicht bei der Nichtanstellung von Inländern dürfte jedoch im Zusammenspiel mit dem Nationalrat wieder herausfallen.

JAN FLÜCKIGER, BERN

Die dreistündige Debatte am Mittwochmorgen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative im Ständerat war reich an Emotionen und Metaphern. Peter Föhn (Schwyz, svp.) beklagte, mit den vorliegenden Konzepten werde dem Verfassungsauftrag «nicht ein My» entgegengekommen. Das könne er nicht hinnehmen und stimme ihn traurig. Immerhin hätten zwölf Kantone, fünf Halbkantone und eine knappe Mehrheit der Bevölkerung der Initiative zugestimmt – und zwar im vollen Bewusstsein, dass diese dem Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU widerspreche. Auch Thomas Minder (Schaffhausen, parteilos) monierte, die direkte Demokratie werde so zu Grabe getragen. Die geplante Umsetzung sei «meilenweit vom Verfassungstext» entfernt. Noch nie in der Geschichte der direkten Demokratie sei ein Volksbegehren derart schwach umgesetzt worden.

Selbst Hans Stöckli (Bern, sp.), ein Befürworter der FZA-konformen Um-



Bundesrätin Simonetta Sommaruga holt sich Rat bei Mario Gattiker, Staatssekretär für Migration.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

Gesetz vorzulegen. «Wenn ein Auftrag nicht erfüllbar ist, muss man den Auftraggeber fragen, ob er bereit ist, den Auftrag zu ändern», sagte Caroni.

Der Pelz wird nass

Was die vorliegenden Konzepte anbelange, dürfe man sich keine Illusionen machen, so Caroni. Man könne den Pelz des Bären nicht waschen, ohne ihn nass zu machen. Sprich: Ganz ohne zusätzliche Bürokratie gehe es nicht. Doch die Kritik seitens der SVP sei hier verfehlt. Ihre bevorzugte Lösung mit Kontingenten und Höchstzahlen bringe Bürokratie «in ganz anderen Dimensionen» und sei das wahre Bürokratiemonster. Demgegenüber sei die Lösung der Kommissionsmehrheit «ein süsses kleines Mön-

Ein Herz für Liechtenstein

sig. Die Kreativität und Flexibilität der Volksvertreter bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist drei Jahre nach deren Annahme ungebrochen. Ein neuer Vorschlag stammt von Peter Föhn und will liechtensteinische Grenzgänger bevorzugen. Der Schweizer SVP-Ständerat ist ein Verfechter der wortgetreuen Verfassungsauslegung und will deshalb Höchstzahlen und Kontingente für europäische Zuwanderer einführen. Im Rat beantragt er aber eine Ausnahme: Einwanderer, «die im Ausland einer Erwerbstätigkeit nachgehen», sollen von den Bestimmungen ausgenommen werden.

Föhn begründete seinen Antrag am Mittwoch mit der besonderen Situation der liechtensteinischen Grenzgänger. Im Fürstentum gilt die Personenfreizügigkeit, nicht aber die Niederlassungsfreiheit. Die EU gestand dem Fürstentum vor dem EWR-Beitritt diese Spezialregelung zu. Heute wohnt die Hälfte der rund 37 000 Beschäftigten in Liechtenstein in der Schweiz oder in Vorarlberg.

Ratskollege Andrea Caroni (Ausserrhoden, fdp.) hat dem Vorschlag am Mittwoch bereits einen Namen gegeben: Lex Liechtenstein. Darüber abstimmen wird der Ständerat am Donnerstag.

terlein». Philipp Müller (Aargau, fdp.), Urheber dieser Lösung, verteidigte sein Konzept. Dieses sieht vor, Arbeitgeber zu verpflichten, von den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zugewiesene, «geeignete» Bewerber anzuhören und deren Nichtanstellung zu begründen. Diese Massnahme komme nur in Berufsgruppen mit «deutlich überdurchschnittlicher» Arbeitslosigkeit zur Anwendung, so Müller. Betroffen sei «maximal 1 Prozent» der jährlichen Stellenbesetzungen. Dafür verzichte sein Konzept auf einen Schwellenwert und die Vielfalt von «diffusen Indikatoren», die zu dessen Berechnung nötig wären.

CVP für einseitige Massnahmen

An einem Schwellenwert festhalten will die CVP unter der Führung von Pirmin Bischof (Solothurn). Bischof sagte, die Indikatoren seien alles andere als «diffus» und würden unter anderem auch die Entwicklung der Löhne mit einbeziehen. Zudem nehme sein Konzept, das sich an der Lösung des Nationalrats anlehnt, Rücksicht auf regionale Begebenheiten. Der Arbeitsmarkt im Tessin sei ein anderer als jener im Mittelland.

Die CVP möchte überdies daran festhalten, dass der Bundesrat unilateral weitergehende Massnahmen ergreifen kann, wenn die Zuwanderung stark ansteigt. Dies soll auch dann möglich sein, wenn der gemischte Ausschuss Schweiz/EU nicht einverstanden ist. Allerdings soll der Bundesrat in diesem Fall erst das Parlament konsultieren müssen.

Für SP und FDP – die zusammen eine Mehrheit bilden – bleibt eine FZA-konforme Umsetzung oberstes Ziel – auch um der EU ein Druckmittel in den Verhandlungen um ein institutionelles Rahmenabkommen zu nehmen. Die Kommissionsmehrheit dürfte sich am Donnerstag – wenn die Debatte fortgesetzt wird und auch Bundesrätin Sommaruga noch zu Wort kommt – durchsetzen. Diverse FDP-Vertreter lassen jedoch bereits durchblicken, dass zumindest die juristisch heikle Begründungspflicht für Nichtanstellungen in der Differenzvereinbarung mit dem Nationalrat wieder herausfallen könnte. Dann hätte der Berg definitiv ein «Mönsterlein» geboren.

Trauerspiel in der Mitte

Kommentar auf Seite 11

setzung, räumte ein, dass dies wohl ein historischer einmaliger Vorgang sei. Deshalb müsse man dem Volk die Gelegenheit geben, im Rahmen eines Gegenvorschlags zur Rasa-Initiative noch einmal über die Thematik abzustimmen. Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, fdp.) teilte diese Meinung, auch wenn es ihm lieber gewesen wäre, die geänderte Verfassungsbestimmung dem Volk gleichzeitig mit dem

Weniger Geld für Verwaltung, mehr für Nestlé

Der Spardruck beim Budget steigt – der Nationalrat kürzt dort, wo er die konkreten Folgen nicht benennen muss

HEIDI GMÜR, BERN

Mit 132 gegen 53 Stimmen der SP und der Grünen hat der Nationalrat am Mittwoch das Stabilisierungsprogramm 2017 bis 2019 gutgeheissen, womit es nun zurück in den Ständerat geht. Unter dem Strich hat der Nationalrat das Paket des Bundesrates für das nächste Jahr um knapp 140 Millionen Franken gekürzt, vorab zugunsten der Bauern und der Bildung. Selbst wenn der Ständerat, der sich davor noch spärlicher gezeigt hatte als der Nationalrat, auf diesen Kurs einschwenken würde, heisst das: Der Spardruck beim Budget 2017 steigt, der Handlungsspielraum wird enger, zumal hier die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten werden müssen.

Die Folgen zeigten sich wenig später, als der Nationalrat die Beratung des Budgets aufnahm. Man spart tendenziell da, wo man die konkreten Folgen nicht benennen muss, der Leistungsabbau vorerst abstrakt bleibt. Die Mehrheiten setzten sich in der Regel aus SVP, FDP und BDP zusammen. Zum Beispiel bei den «Personalausgaben». Hier beschloss

der Nationalrat mit 100 zu 86 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine «Querschnittskürzung» um 50 Millionen Franken. Bei Personalkosten von insgesamt 5,7 Milliarden Franken sei dies «tragbar», meinte Bruno Pezzatti (fdp., Zug). Die SVP hätte beim Personal sogar 163 Millionen Franken kürzen wollen. «Nur kosmetische Korrekturen reichen in diesen Bereichen nicht», sagte Franz Gräter (svp., Luzern), hier sei ein Prozess anzustossen, der «eine Entschlackung» bringt. Barbara Gysi (sp., St. Gallen), die den Personalverband des Bundes präsidiert, wehrte sich gegen die «absolut kurzfristigen» Kürzungen. An die Adresse der Ratsredner sagte sie: «Sie haben keine einzige Aufgabe gestrichen, Sie haben keine einzige Leistung benannt, die nicht mehr erbracht werden soll, aber das Geld wollen Sie einfach weggespart haben.» Unterstützung erhielt sie von Finanzminister Ueli Maurer (svp.). Der Antrag für eine Kürzung um 50 Millionen Franken sehe zwar «nicht so schlimm aus». Da gehe es um 370 Vollzeitstellen, das entspreche etwa einem Prozent. Wenn er aber schaue, wo

der Nationalrat überall nicht kürzen wolle, unter anderem beim Militär oder beim Grenzschutzkorps, dann schrumpften die Kürzungsmöglichkeiten auf etwa die Hälfte zusammen. Auch er forderte daher die Ratsmitglieder auf, zu sagen, «auf was Sie verzichten wollen». Dann könne man diese Stellen einsparen.

Ein weiteres Beispiel sind die Ausgaben für «externe Beratungen und Dienstleistungen». Hier setzte sich Hans-Ulrich Bigler (fdp., Zürich) mit einem Antrag auf eine «Querschnittskürzung» um 60 Millionen Franken durch. Das entspricht 8 Prozent dieses Budgetpostens, wobei hier bereits der Bundesrat 2 Prozent weniger budgetiert hatte. Maurer machte klar, was eine zusätzliche Kürzung konkret bedeuten würde. So fielen unter diesen Posten eine Reihe von externen Dienstleistungen, «auf die wir nicht verzichten können, wenn der Staat funktionieren soll». Unter anderem erwähnte er die Flugüberwachung für die Armee, Ingenieurleistungen für den Strassenbau oder Übersetzungen für das Parlament. Das dritte Beispiel sind die Ausgaben für In-

formations- und Kommunikationstechnologie. Mit 100 zu 90 Stimmen sprach sich der Nationalrat auch hier für eine «Querschnittskürzung» aus. Maurer bestritt nicht, «dass es möglich sein muss, einzelne Projekte günstiger abzuwickeln». Hier zu sparen, würde aber Projekte treffen, «die intern dazu führen, dass wir effizienter werden, und extern, dass man die Wirtschaft so bedienen kann, wie sie das gewohnt ist». Es wäre am falschen Ort gespart.

Aber wie gesagt, irgendwo muss der Nationalrat sparen. Umso mehr, als er die Direktzahlungen an die Bauern nicht kürzen will – und sich ausserdem auch dafür aussprach, die Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz») um 26,7 Millionen wieder auf rund 95 Millionen Franken zu erhöhen. Damit werden primär Grosskonzerne subventioniert. So erhielt 2015 allein Nestlé 35,5 Millionen Franken aus diesem Topf. «Nur ein knappes Prozent geht an kleinere Betriebe», gab Mattea Meyer (sp., Zürich) zu bedenken. Die Budgetdebatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

ANZEIGE

«Ich will auch später
mein Leben selbst in
die Hand nehmen.»



Vera Last
Leiterin Financial
Accounting
zum längeren,
selbstbestimmten
Leben

SwissLife